Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Laden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden. Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden. Gebr. Arnhold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst", außerdem „Volk und Zeit" monatlich 2 Mark, halbmonatlich 1 Mark. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2.00 M., für auswärtige Anzeigen 45 Pf. und 2.50 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 60 | Dresden, Sonnabend den 10. März 1928 | 39. Jahrg.

Konflikt im Völkerbund

Rumänien fügt sich der Entscheidung in der Optantenfrage nicht

Genf, 9. März. (Eig. Drahtber.)

Die ungarische Optantenfrage führte am Freitag zu fast dramatischen und an die bedeutsamsten prinzipiellen Probleme des Völkerbundes und des modernen Völkerrechts rührenden Auseinandersetzungen. Stresemann und der Italiener waren für eine Entscheidung durch internationale Gerichtsbarkeit. Im Verlauf der Sitzung wurde allen Ratsmitgliedern klar, daß es sich nicht mehr um eine kleine Minderheitenfrage oder nur um einen Streitfall zweier kleiner Staaten handelt, sondern daß es

zu unübersehbaren politischen Konsequenzen führen würde, wenn der Rat sich als zur Lösung dieser Frage unfähig erweisen würde.

Chamberlain als Berichterstatter machte deshalb einen neuen Lösungsvorschlag. Danach ernennt der Rat zwei neue neutrale Mitglieder zu dem im Friedensvertrag von Trianon vorgesehenen siebenköpfigen gemischten Schiedsgericht. Gleichzeitig hat die rumänische Regierung ihren zurückgezogenen Vertreter wieder einzusetzen. Während der Vorsitzende zu einem Mehrheitsspruch bisher stets die Stimme einer der gegnerischen Parteien brauchte, ist nunmehr das Urteil einer neutralen Mehrheit möglich.

Im Namen des Friedens, im Namen Europas und um des Ansehens des Völkerbundes und des Rates willen flehte Briand die Parteien um ihre Zustimmung an. Der Völkerbund sei auf der völligen Gleichberechtigung der kleinen und der großen Staaten gegründet, aber die kleinen Staaten dürften ihn auch nicht mit Streitfällen imaginisieren, die zu Kriegskeimen werden könnten. Lebhaft Anspruch auf gerichtliche Regelung lehnte Briand unbedingt ab. Der Rat stünde in seinen Entscheidungen über die Gerichtsbarkeit, er habe zu bestimmen, ob und wann ein Gerichtsgericht einzugreifen habe, natürlich im Rahmen der Verträge, aber

kein Schiedsspruch könne den Rat verhindern, seinen Weg zur Lösung zu suchen.

Dieser These Briands trat Stresemann entgegen. Er bestand darauf hin, daß dieser Fall dringend verlange, die prinzipielle Frage, ob der Rat eine Entscheidung durch ein Schiedsgericht nur einstimmig oder mit Mehrheit beschließen könne, endgültig zu lösen. Genau im September gestellten Antrag, die Angelegenheit an das Schiedsgericht im Haag zu verweisen, wolle er nach Chamberlains Vorschlag nicht wiederholen. Aber die Angelegenheit müsse nach den Grundsätzen des internationalen Rechts mit Unterstützung der Autorität des Rates gelöst werden, solle nicht das Ansehen des Völkerbundes unermeßlichen Schaden erleiden.

Der Vorschlag Chamberlains wurde vom Rat einstimmig angenommen.

In der Nachmittagsitzung lehnte Rumänien den Vorschlag ab, während sich Ungarn mit vielem Dank vorbehaltlos dafür entschied. Der Rumäne sagte, daß es unmöglich sei, daß über Angelegenheiten der rumänischen Souveränität von ausländischen Richtern geurteilt würde. Der Konflikt ist damit **zu einem Konflikt zwischen dem Völkerbund und einem einzelnen Staat geworden. Staatssouveränität und internationale Schiedsgerichtsbarkeit stehen sich gegenüber.**

•

Die Lösung abermals vertagt

T. **Genf**, 9. März. (Eigener Drahtb.) Nach 2½stündiger vertraulicher Beratung fand der Völkerbundrat durch Vermittlung Briands und Stresemanns eine Formel, die der Rumäne wenigstens seiner Regierung zu unterbreiten versprach. Die beiden Parteien sollen sich bis zur nächsten Ratstagung äußern, auf deren Tagesordnung die seit 1923 schwebende Frage also wieder erscheinen wird.

•

Der Waffenschiebungsskandal nicht entschieden

P. **Paris**, 10. März. (Eigener Funkspruch.) Der Genfer Berichterstatter des Petit Parisien weiß heute schon zu melden, daß der ungarische Waffenschiebungsskandal auf der augenblicklichen Ratstagung nicht mehr entschieden werde. Das Dreier-Komitee werde heute beantragen müssen, daß man neue Erklärungen von der ungarischen Regierung anfordere, da diese keinerlei authentische Aktenstücke über die Schiebungen vorgelegt habe. Dadurch entstehe eine Verzögerung, die die Vertagung der Entscheidung auf die nächste Sitzung des Rates nötig mache. Das Dreier-Komitee werde in der Zwischenzeit in Ungarn an Ort und Stelle Erhebungen anstellen und dann in Paris zur Beschlußfassung zusammentreten.

Impfzwang — Gewissensklausel?

Von Dr. med. Margarete Stegmann, M. d. R.

Als das Schutzpockenimpfgesetz eingeführt wurde, geschah es mit der knappen Mehrheit von zwei Stimmen. Die Bedenken gegen das Gesetz waren also sehr groß. Viele hätten sich leichter zu dem Gesetz entscheiden können — obschon die Problematik der Impffrage ebenso deutlich war wie stets —, wenn es nicht den Impfzwang in sich geschlossen hätte. In der vorberatenden Kommission befand sich nur ein einziger Impfgegner; trotzdem hat von den dreizehn Mitgliedern sich nur eines für den Zwang erklärt. Von impffreundlich gesinnten Aerzten gingen Petitionen ein, die sich gegen den Zwang erklärten. Die Proteste gegen den Impfzwang sind seither nie verstummt.

Es gab stets Aerzte und Laien, die überzeugt waren, daß die Schutzimpfung schlimmer sei als die Krankheit, vor der sie schützen sollte. Sie schlossen sich zu Impfgegnerverbänden zusammen und wurden nicht müde, gestützt auf das von ihnen gesammelte Material über Impfschädigungen die Einführung der Gewissensklausel zu verlangen, d. h. einer Gesetzesbestimmung, wonach jemand, der es mit seinem Gewissen nicht vereinen könnte, nicht gezwungen werden dürfte, sich selbst oder seine Kinder oder Pflegebefohlenen impfen zu lassen.

Die Impfgegner mußten die Erfahrung machen, daß es sehr, sehr schwer ist, gegen festgefestete Einrichtungen anzurennen. Sie haben ihre Märtyrer, die alle Opfer an Ansehen, an Vorteilen aller Art gebracht haben, um ihrer Idee zu dienen, die Kraft und Gesundheit und Mammon dafür opferten. Es geschah, was zu geschehen pflegt: die Größe und Hartnäckigkeit der Widerstände steigerten die Ueberzeugung bei vielen zum Fanatismus, und der Kampf wurde von ihnen vielfach mehr mit Leidenschaft als mit beweiskräftigen Argumenten geführt. Oder wo die Argumente gut waren, wurden sie durch die Leidenschaft, mit der sie vorgebracht wurden, für viele ungenießbar.

Kurz vor Kriegsausbruch nahm die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion die Forderung auf. Bock, Thiele, Prof. Grotjahn traten für die Einführung der Gewissensklausel ein und stellten für den Fall der Ablehnung den Antrag, zum Studium der Impf-

Dem Bezirksparteitag zum Gruß!

Von Oskar Edel

In den sozialistischen Organisationen finden nicht nur die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse ihren Ausdruck, es pulst in ihnen auch ein Kulturwille, den noch kein Zeitalter verzeichnen konnte. Ehe der Sozialismus seine Befreiungsmission begann, befand sich das moderne Proletariat in einem erschütternden Zustand grauenhaften Elends und schrankenloser Ausbeutung. Kein soziales Gesetz hemmte den Frühkapitalismus. Das Maschinenzeitalter begann seine wirtschaftliche und soziale Revolution mit der völligen moralischen und geistigen Verwahrlosung der Arbeitssklaven, die es in den kapitalistischen Produktionsprozeß preßte. Noch unbekannt war diesen modernen Sklaven das Mittel der revolutionären Vereinigung, das als einzig wirksames die kapitalistische Ausbeutung mildern konnte. Selbst die Gesunde der verelendeten Arbeiter, utopische Sozialisten, glaubten nicht, daß je aus der Arbeiterschaft selbst Kräfte zu ihrer Befreiung entwickelt werden könnten, um die Errungenschaften der Technik aus einer Ursache des Elends für die Arbeiter zu einer Quelle der Wohlfahrt zu verwandeln.

Und doch sind nun aus den Tiefen der Arbeiterschaft Männer Kräfte herausgewachsen, die sich als befähigt erweisen, staatspolitische und gesellschaftliche Aufgaben von größtem Ausmaße zu erfüllen. Der Sozialismus schickt sich an, das kapitalistische Zeitalter zu überwinden. Die ewige Basis seines Kampfes aber ist die Arbeiterbewegung — ist

die sozialistische Organisation!

Es gibt zwar auch heute noch Leute, denen diese Organisation als ein häßlicher Fremdkörper erscheint, der den persönlichen Willen erstücke. Aber diese Auffassung wird immer mehr ausgetilgt. Denn in der sozialistischen Organisation formt sich ja der Wille der arbeitenden Massen. Die Arbeiter haben keine andere Möglichkeit, als durch den Organisationswillen ihren persönlichen Befreiungswillen wirksam zu machen. Noch hat auch heute noch, wie vor Jahrzehnten, der einzelne Arbeiter nichts zu verlieren als seine Ketten, aber um so wertvoller ist jedem einzelnen die Organisation, in ihr liegt die Macht der Arbeiterklasse. Sie allein vermag die Arbeiter zu Herren der Welt zu machen. Ohne die Organisation Parias, bilden sie vereint eine Macht, die selbst den stärksten kapitalistischen Mächten Respekt einflößt und die in ihrer Vollendung unüberwindlich ist. So hat der Organisationsgedanke eine alles überragende Bedeutung.

Der Bezirk Ostsachsen der Sozialdemokratischen Partei wird am morgigen Tage nach einem Jahr organisatorischer Arbeit auf dem Bezirksparteitag die letzten Vorbereitungen zu dem

Entscheidungskampf mit dem Bürgerblock

treffen. Mußten im Jahre 1926 politische Kämpfe von weittragender Bedeutung ausgefochten werden, so bekam das vergangene Jahr sein Gepräge durch organisatorische Vorbereitungen zu politischen Auseinandersetzungen. Die Werbearbeit führte zu erfreulichen Ergebnissen: **der Bezirk Ostsachsen konnte ebensoviel neue Mitglieder buchen wie die anderen sächsischen Bezirke zusammen.** Nach dem Abzug der Abgänge an Mitgliedern betrug **die endgültige Mitgliederzunahme im Vorjahre 509.** Doch nicht nur äußere Organisationserfolge können gebucht werden, durch intensive Bildungsarbeit wurde die Schlagkraft des Organisationskörpers erhöht. Der Bezirk Ostsachsen war in seiner inneren Aufbauarbeit eingedenk des Wortes von Max Adler, daß der Sozialismus nicht bloß die Wirkung wirtschaftlicher Ursachen sein kann, sondern daß er in erster Linie die geistige Bereitschaft und Entschlossenheit voraussetzt, für ihn zu kämpfen.

Dieser Wille zum Kampf ist nicht nur theoretisch begründet, sondern er erhält auch in der gegenwärtigen Situation immer neuen Ansporn durch die politischen Verhältnisse im Reiche und in Sachsen. Die politische Lage im Reiche ist eindeutig auf Kampf gestellt. Der Wille zur Abrechnung mit der arbeiterfeindlichen Politik des Besitzblockes ist überall lebendig. Die Wahlschlacht wird einen Funktionärkörper finden, der mit Begeisterung die Mühen überwindet, die mit politischen Kämpfer verbunden sind. Auch

die Lage in Sachsen

zwingt zu entscheidenden Auseinandersetzungen mit den korrupten Regierungsparteien. Noch behauptet sich zwar der sächsische Besitzbürgerblock immer wieder trotz zahlreichen Krisen in seinem Lager — aus Angst vor der Sozialdemokratie! Doch wird schließlich die Abrechnung mit jener unnatürlichen und geradezu grotesken Koalition doch erfolgen, die die Regierung unseres Landes stellt. Schon herrscht bei den gegnerischen Parteien völliges Durcheinander, wie sich eben erst wieder in den Etatsdebatten des Landtags zeigte. Dagegen kann die Sozialdemokratie als Partei mit dem gegenwärtigen Zustand zufrieden sein. Die Demaskierung des Besitzbürgerblocks ist erfolgt. Mögen sich immerhin die Gegner noch eine Spanne Zeit an die Regierungsmacht klammern, sie werden schließlich den Vormarsch der Sozialdemokratie nicht aufhalten. **Das industrielle Sachsen muß wieder zum roten Sachsen werden! Das ist für das neue Geschäftsjahr unser Ziel!**

Die Arbeiterbewegung wird durch die Sammlung der arbeitenden Massen unter dem Kampfbanner der Sozialdemokratie wieder zu jener starken, unüberwindlichen Macht, die den Gegnern Respekt und Zugeständnisse an die Interessen der werktätigen Bevölkerung abringt.

Verwirrungsmanöver in der Arbeiterbewegung

werden als solche erkannt und abgelehnt. Die Renegatentruppe der sogenannten „Alten Sozialdemokratischen Partei" ist völlig als nationalsozialistisch enthüllt. Wenn trotzdem dieses Renegatentrüpplein in den nächsten Reichstagswahlkampf mit selbständigen Kandidatenlisten eintreten wird, so ist es schon jetzt gewiß, daß dies Zerstörungswerk überall in Deutschland erkannt und durch den Widerstand der denkenden Arbeiter zur Ohnmacht verurteilt werden wird. Aber auch die Verwirrungsmanöver der Kommunisten können keinen Erfolg mehr haben. Durch selbständige sozialistische Aktionen hat der Bezirk Ostsachsen im vergangenen Jahre den politischen Willen der Sozialdemokratie bekundet. Für die Parteiagitation der KPD. war die konsequente sozialistische Tätigkeit der Partei innerhalb Sachsens, aber auch die Arbeit der Gesamtpartei ein unüberwindliches Hemmnis.

Die gesamte Arbeiterschaft erkennt immer mehr die **Verwerflichkeit der kommunistischen Spaltungsbestrebungen.** Die Tatsachen reden eine deutliche Sprache. Die moskowitischen Methoden werden als schädlich für die Arbeiterschaft abgelehnt.

So kann berichtet werden, daß wir unseren sozialistischen Zielen ein Stück nähergekommen sind. In den Kämpfen mit der Reaktion wird der Bezirk Ostsachsen sicher an der Spitze der Bezirke Deutschlands marschieren. Organisatorische Voraussetzungen, wie sie im vergangenen Geschäftsjahre geschaffen wurden, sind unentbehrlich für den Sieg unserer Sache. Die Gewißheit unseres Sieges aber ergibt sich aus dem Zwange einer Entwicklung, die unser stärkster Verbündeter ist. Durch die **Wucht des organisierten Massenwillens im Kampf um die nackten Lebensinteressen der Arbeitermassen wird zugleich eine höhere Stufe erreicht auf dem Wege zur kulturellen Freiheit der arbeitenden Massen, die heute noch unter der Unkultur des kapitalistischen Widersinns aufs schwerste leiden.**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19280310/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG